



Migrationskrise: „Deutschland-Debakel statt Deutschland-Pakt“ Union wirft Ampel Täuschung von Öffentlichkeit und Parlament vor

In der Migrationskrise hat Alexander Dobrindt der Ampel-Koalition eine Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit vorgeworfen. So habe der Kanzler seinen Deutschland-Pakt nicht mit konkreten Angeboten an die Opposition unterfüttert, kritisierte der CSU-Landesgruppenchef im Bundestag. Und: Die Ministerinnen Nancy Faeser und Annalena Baerbock wollten in Wirklichkeit gar keine Zurückweisungen von Migranten.

Seit dem Angebot von Kanzler Olaf Scholz für einen Deutschland-Pakt zur Bewältigung der großen Krisen sind drei Wochen vergangen. Während die CDU/CSU-Fraktion als ersten Schritt einen Pakt zum Stopp der

EINLADUNG!

Herzliche Einladung:
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
Thorsten Frei MdB kommt nach Warthausen.

Montag,
2. Okt. 2023,
19:00 Uhr,
"Motorworld Inn",
(Museumsgänge 1)

Thema des Abends:
**Anpacken - Wachstum schaffen,
Wohlfahrt sichern**

Kleiner Empfang im Anschluss.
Wir freuen uns über
Ihre Teilnahme.

illegalen Migration vorgeschlagen hatte, blieben Initiativen der Regierung zur Zusammenarbeit aus. Seite 2

Pfarrstadel Alberweiler: 720.000 Euro Bundesförderung - großer Erfolg für Schemmerhofen

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat in seiner Sitzung am Donnerstag beschlossen, welche Projekte im Kulturinvestitionsprogramm des Bundes gefördert werden sollen. Schemmerhofen bekommt demnach knapp 720.000 Euro zur Sanierung und Weiterentwicklung des Pfarrstadels in Alberweiler.

„Ich habe mich heute sehr gefreut über den Erfolg für die Gemeinde Schemmerhofen. Ich hatte mir das Projekt im Vorfeld vor Ort angesehen und im Bundestag und bei der Kulturstaatsministerin um Unterstützung für das tolle Vorhaben geworben. Das Programm war dreifach überzeichnet, so konnte nur ca. ein Drittel der Anträge bewilligt werden. Die Mittel für KulturInvest kommen gerade auch Vorhaben im ländlichen Raum zugute. Die Ampelkoalition zeigt hier wieder, dass sie vor allem die Ballungsräume im Blick hat. Die Förderung für Schemmerhofen ist mehr als berechtigt. Große Einzelförderungen von jeweils über 10 Mio. Euro sind in ausgewählte Städte gegangen. Wir müssen mehr als bisher darauf achten, dass der ländliche Raum nicht von Fördermitteln abgeschnitten wird. Erst gestern hat der Bundeslandwirt-



Beim Vor-Ort-Termin mit Bürgermeister Klaus Wilhelm Tappeser (l.) und Bauamtsleiter Markus Lerch (M.)

schaftsminister die massiven Sparmaßnahmen in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, aus der der Großteil der Förderprogramme für ländliche Gemeinden gespeist wird, im Haushaltsausschuss verteidigt. Wenn sich nichts Gravierendes ändert, sollen nach aktuellem Stand auch die Mittel im Kulturbereich auf ein Sechstel gegenüber den Auszahlungen in diesem Jahr reduziert werden. Dem müssen wir im parlamentarischen Verfahren entgegengetreten“, sagte Josef Rief. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

„Das ist kein Deutschland-Pakt, das ist ein Deutschland-Debakel, das Sie hier aufführen“, sagte Dobrindt.

Aus Enttäuschung über das Schweigen des Kanzlers hatte die Unionsfraktion die aktuelle Stunde im Bundestag beantragt. „Wir haben die Debatte aufgesetzt, um Ihnen die Hand zu reichen“, erklärte der CDU-Innenpolitiker Philipp Amthor.

Die Ampel hat bis dato sowohl die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems blockiert, als auch Kontrollen an den Grenzen Deutschlands zu Polen und Tschechien abgelehnt. In Sachen Europa sprach Kanzler Scholz immerhin ein Machtwort, um die Blockade der Verhandlungen aufzuheben. Dobrindt bewertete dieses Machtwort als Ausdruck des Misstrauens von Scholz gegenüber Innenministerin Faeser und Außenministerin Baerbock, denen er eine „Geisterfahrt“ in der Flüchtlingskrise bescheinigte. Beide hatten den ständigen Vertreter Deutschlands in Brüssel angewiesen, gegen die Reform zu stimmen.

Von einem „Kontrollverlust“ sprach der sächsische Innenminister Armin Schuster angesichts der ungebremsten Schleusung von Flüchtlingen über die deutsch-polnische und deutsch-tschechische Grenze. In eindringlichen Worten machte er deutlich, dass Deutschland „das Hauptzielland für alle ist, die sich auf den Weg machen“. Schuster appellierte an Scholz, die Begrenzung der illegalen Migration zur Chefsache zu machen.

Auch der CDU-Innenpolitiker Detlef Seif wies darauf hin, dass keine Ressourcen für die Aufnahme neuer Flüchtlinge mehr vorhanden seien. Es fehle nicht nur an Wohnraum, sondern auch an Kinderbetreuung und Lehrkräften, an medizinischem und behördlichem Personal.

Amthor warnte vor einem Vertrauensverlust der Gesellschaft in die Regierung. „Sie gefährden die Akzeptanz des Asylrechts“, sagte er. ■

Krise auf dem Wohnungsmarkt: CDU/CSU fordert Gegenmaßnahmen - Trotz Wohnungsmangels weniger Neubauten

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist dramatisch. Geschätzt fehlen 700.000 Wohnungen. Doch die Zahl der Neubauten pro Jahr sinkt. Die Baukosten steigen. Bauprojekte werden reihenweise storniert. Bauunternehmen gehen pleite. Die Ampel-Koalition jedoch handelt zu spät und halbherzig. Die CDU/CSU-Fraktion fordert Steuervergünstigungen, Förderprogramme und die Senkung der Baukosten.

Auch nach dem Wohnungsgipfel der Bundesregierung in dieser Woche bleiben viele Vorschläge sehr vage und unbestimmt oder müssen erst erarbeitet werden. Der Energiestandard EH55 soll weiter nicht gefördert werden, die Bemühungen zur Senkung der Baukosten sind zu zaghaft.

Die Ampel hat sich zum Ziel gesetzt, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen. Dieses Ziel wird weit verfehlt: In diesem Jahr werden voraussichtlich 223.000 Wohnungen fertiggestellt, im nächsten sogar nur noch 177.000. Unterdessen berichten 44 Prozent der Baufirmen von fehlenden Aufträgen, über 20 Prozent von Auftragsstornierungen. Familien, die bauen wollen, können sich die eigenen vier Wände oft nicht mehr leisten. Die Baugenehmigungen für Privathäuser befinden sich im freien Fall.

Die Ursachen sind einerseits enorm gestiegene Baukosten und Bauzinsen. Andererseits treibt die Ampel-Koalition mit ihren Energie-Vorschriften – etwa für die Dämmung der Häuser und den Einbau klimafreundlicher Heizungen – die Baukosten zusätzlich in die Höhe. Gleichzeitig stoppte sie Förderprogramme, verringerte die Mittel dafür oder verschärfte die Kriterien für die Bewilligung von Fördermitteln.

Die Konsequenzen des Wohnungsmangels sind steigende Mieten und gesellschaftliche Spannungen. Schon jetzt bilden sich bei jeder Wohnungsbesichtigung lange Schlangen.

Auf dem Gebiet der Steuern schlägt die CDU/CSU-Fraktion Sonderabschreibungen für den sozialen Wohnungsbau und Steuervergünstigungen für den Bau klimafreundlicher Wohnungen vor. Die Länder sollen Familien beim erstmaligen Kauf einer selbstgenutzten Immobilie Freibeträge für die Grunderwerbssteuer einräumen können. Wohneigentum für Familien mit geringem und mittlerem Einkommen soll auch finanziell gefördert werden. Damit sich junge Leute den Kauf eines älteren Hauses leisten können, sollen sie bei der klimagerechten Sanierung und Modernisierung unterstützt werden. Schließlich will die CDU/CSU Vorschriften verhindern oder abschaffen, die die Baukosten in die Höhe treiben. Das gilt insbesondere für den Energiestandard. ■